

Schriftenreihe Jugend, Familie und Recht
Herausgegeben von
Dr. iur. Hans Farner, Rechtsanwalt
Band 2

Hans Bättig

Die Pflegekinder- aufsicht im Bund und in den Kantonen

verlagpro  juvenute

Die Pflegekinderaufsicht im Bund und in den Kantonen

Von Dr. iur. Hans Bättig, Rechtsanwalt
Kantonsgerichtspräsident von Obwalden

XX, 213 Seiten, broschiert, Fr. 34.--

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Pflegekinderaufsicht im Bund und in den Kantonen nach Inkrafttreten der bundesrätlichen Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern vom 19. Oktober 1977 (PflögV). Besonderes Gewicht wird dabei auf die Behandlung der Aufnahme von Kindern in Familienpflege gelegt.

Im ersten Teil der Arbeit werden die allgemeinen Grundlagen geklärt. Anhand der Materialien wird die Entstehung des Pflegekinderrechts und insbesondere des Pflegekinderaufsichtsrechts dargestellt. Es folgen Ausführungen über den Pflegevertrag sowie über die Rechtsnatur der Pflegekinderaufsicht. Die Arbeit zeigt, dass es sich beim Pflegekinderaufsichtsrecht um verfassungskonformes Bundeszivilrecht im formellen Sinne handelt; neben der Sicherung der Privatrechtsinstitute der Pflegekindschaft, elterlichen Gewalt und Adoption, dient es auch der vernünftigen Vereinheitlichung des Bundeszivilrechts.

Der Hauptteil behandelt die Pflegekinderaufsicht im einzelnen. Vorgängig wird der Begriff des Pflegekindes geklärt. An die PflögV anlehnd wird der Reihe nach die Familien-, Tages- und Heimpflege definiert. Nicht zu Unrecht erfasst die PflögV auch die Heimkinder, obwohl diese bis anhin nicht als Pflegekinder aufgefasst worden sind. Bei der Behandlung der Abgrenzungsprobleme zwischen den verschiedenen Pflögtypen wird speziell die Pflegekinderfamilie erwähnt.

Die Aufnahme von Unmündigen ausserhalb des Elternhauses bedarf nach der PflögV grundsätzlich einer Bewilligung. Die vorliegende Arbeit behandelt die einzelnen Bewilligungsvoraussetzungen und kommt dabei zum Schluss, dass die anerkannten Ergebnisse der Sozialwissenschaften mitberücksichtigt werden müssen. Weiter wird gefordert, dass die im Pflegekinderwesen tätigen Personen entsprechend aus- und insbesondere weitergebildet werden, die Pflegeeltern umfassend über das Pflegekind aufgeklärt und die Pflegekinder auf die Pflegeeltern vorbereitet werden.

In einem weiteren Kapitel wird die unmittelbare Aufsicht sowohl in der Familien-, Tages- wie auch in der Heimpflege dargestellt. Die Arbeit kommt dabei zum Schluss, dass mit der Abklärung des Pflegeplatzes und der unmittelbaren Aufsicht die gleiche Person beauftragt werden sollte.

Das letzte Kapitel ist dem Widerruf der Pflegekinderbewilligung gewidmet. Die Arbeit gelangt dabei zum Ergebnis, dass in einem bestimmten Bereiche auch die Pflegekinderaufsichtsbehörde zu einer Umplazierung des Pflegekindes berechtigt

ist. Dies trifft auch dann zu, wenn das Kindeswohl zwar noch nicht im Sinne von Art. 310 ZGB gefährdet ist, gleichwohl aber Mängel oder Schwierigkeiten im Pflegeverhältnis bestehen, die nicht behoben werden können.

In einem Anhang wird die Organisation der Pflegekinderaufsicht in allen Kantonen dargestellt. In der Arbeit selber werden einzelne kantonale Bestimmungen zur Pflegekinderaufsicht ausführlich dargestellt.

Das Buch richtet sich an alle, die in irgendeiner Form mit der Pflegekinderaufsicht zu tun haben.

Aus dem Inhalt:

I. Teil: Allgemeine Grundlagen

Die Entstehung des Pflegekinderrechts

Die Entstehung des Pflegekinderrechts im öffentlichen Recht.
Die Entstehung des Pflegekinderrechts im Bundesprivatrecht.

Der Pflegevertrag

Rechtsnatur des Pflegevertrages. Formfreiheit. Inhalt des Pflegevertrages. Rechte und Pflichten der Vertragsparteien. Beendigung des Pflegeverhältnisses.

Die Rechtsnatur der Pflegekinderaufsicht

Öffentliches und privates Recht. Zur Rechtsetzungszuständigkeit des Bundes auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts innerhalb des ZGB. Bestimmung der Rechtsnatur der Pflegekinderaufsicht. Rechtsweg. Folgerungen für die Rechtsleitsätze.

2. Teil: Die Regelung der Pflegekinderaufsicht im einzelnen

Begriff des Pflegekindes

Ueberblick über den bisherigen Pflegekinderbegriff. Pflegekinderbegriff des ZGB. Pflegekinderbegriff der PflögV. Zusammenfassung und Folgerung.

Bewilligung zur Aufnahme von Pflegekindern

Bewilligung in der Familienpflege. Bewilligungs- und Meldepflicht in der Tagespflege. Bewilligung in der Heimpflege.

Pflegekinderaufsicht im engeren Sinn

Begriffliches zur Aufsicht. Aufsicht in der Familienpflege. Aufsicht in der Tagespflege. Aufsicht in der Heimpflege.

Widerruf der Bewilligung

Widerruf der Bewilligung in der Familienpflege. Widerruf der Bewilligung in der Heimpflege.

(Es sind die Gesetzeserlasse berücksichtigt, insoweit sie aus den offiziellen Gesetzessammlungen der einzelnen Kantone und der bis zum 31. Dezember 1983 erhältlichen Ergänzungslieferungen ersichtlich sind. Die Ergänzungslieferungen erfolgen mitunter mit gewissen Verzögerungen, so dass für den Stand des kantonalen Rechts keine Gewähr geleistet werden kann. Zu den vormundschaftlichen Behörden der Kantone vgl. auch Schnyder/Murer, N. 104 zu Art. 361 ZGB und die dort angeführte Literatur.)

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Zuständige Behörde	Vormundschaftliche Aufsichtsbehörde	Rechtsmittelinstanz
	(Wo PfliegV steht, haben die Kantone keine eigene gesetzliche Regelung)	(Dabei bedeuten F: Familien- und Tagespflege; H: Heimpflege; B: Bewilligung; A: Aufsicht; VB: Vormundschaftsbehörde und EG: EG z ZGB)	(Wo zwei Instanzen vorhanden sind, werden sie mit I und II bezeichnet; wo nichts erwähnt wird, ist die Vormundschaftsbehörde weder Bewilligungs- noch Aufsichtsbehörde)	(Wo zwei Instanzen vorhanden sind, werden sie mit I und II bezeichnet; VRG bedeutet das jeweilige Verwaltungsrechtspflegegesetz)
Aargau	PfliegV	F+H/B+A: VB; Gemeinderat (§ 59 EG)	F+H/B+A: I Bezirksrat (§ 2 Abs. 2 lit. a EG), II Obergericht (§ 2 Abs. 2 lit. c EG)	
Appenzell Ausser-rhoden	PfliegV	F+H/B+A: Gemeinderat, allenfalls besondere Kommission der Gemeinde (Art. 51 EG)	F+H/B+A: Regierungsrat (Art. 55 Abs. 2 EG); wenn Vormundschaftsbehörde besondere Kommission ist: I Gemeinderat; II Regierungsrat (Art. 51 Abs. 2 in fine und 55 EG)	

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Zuständige Behörde	Vorm. Aufsichtsbehörde	Rechtsmittelinstanz
Appenzell Innerrhoden	V betreffend die Aufnahme von Pflegekindern vom 25. November 1980	F/B+A: VB (Art. 1 PfliegV AI): Innerer Landesteil: besondere Kommission, Obereg: Bezirksrat (Art. 40 EG) H/B: Standeskommission (Art. 2 PfliegV/AI) H/A: mangels Erwähnung in der PfliegV/AI: VB (Art. 2 Abs. 1 PfliegV)	F/B+A: Standeskommission (Regierungsrat: Art. 2 PfliegV/AI; Art. 41 EG) H/A: Standeskommission (Regierungsrat: Art. 41 EG)	
Basel-Landschaft	Pflegekindergesetz vom 22. April 1982; V zum Pflegekindergesetz vom 22. April 1982; G über das Pflegekinderwesen und die Kinder- und Erziehungsheime im Kanton Basel-Landschaft vom 24. September 1951 (soweit es die organisatorischen Bestimmungen in der Heimpflege betrifft; Art. 29 Abs. 2 PfliegV)	F/B+A: VB (§ 6 Abs. 1 lit. a+b PfliegV/BS) Gemeinderat (§ 38 Abs. 1 EG; in Gemeinden mit über 2'000 Stimmberechtigten die Fürsorge- oder eine besondere Vormundschaftsbehörde (§ 93 Abs. 2 Gemeindegesetz) H/B+A: Regierungsrat (§ 20 + 22 G vom 24. September 1951)	F/B+A: I Statthalteramt; II Regierungsrat (§ 47 Abs. 4 Organisationsgesetz und § 94 Abs. 2 Gemeindegesetz)	F/B+A: Verwaltungsgericht (§ 43 EG) H/B+A: Verwaltungsgericht (§ 6 Abs. 1 VRG)
Basel-Stadt	V über die Aufnahme von Pflegekindern vom 11. April 1978	F/B+A: Sanitätsdepartement (§ 1 Abs. 1 PfliegV/BS) H/B+A: Erziehungsdepartement (§ 1 Abs. 1 PfliegV/BS)		F+H/B+A: I Regierungsrat (§ 41 Abs. 2 Organisationsgesetz); II Verwaltungsgericht (§ 10 Abs. 1 VRG)

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Zuständige Behörde	Vorm. Aufsichtsbehörde	Rechtsmittelinstanz
Bern	Pflegekinderverordnung vom 4. Juli 1979	<u>F/B+A</u> : VB (Art. 3 und 15 PfliegV/BE): Einwohnergemeinde, allenfalls besondere Vormundschaftskommission der Gemeinde (Art. 27 Abs. 1 EG); vorbehalten bleibt die Vormundschaftspflege durch regionale Kreisbehörden sowie durch Bürgergemeinden bzw. -korporationen (Art. 27 Abs. 2 und 28 EG). <u>H/B+A</u> : Jugendamt (Art. 12 Abs. 1 und 13 Abs. 1 PfliegV/BE)		<u>F+H/B+A</u> : I Justizdirektion; II Verwaltungsgericht (Art. 19 Abs. 2+3 PfliegV/BE); dabei wird von dem in Art. 27 Abs. 1 PfliegV enthaltenen Beschwerdeweg für die VB abgewichen, was nach Art. 3 Abs. 1 PfliegV sicher zulässig ist. Verfügungen der Organe der Pflegekinderaufsicht (Aufsichtspersonen, Fachkommissionen, Sozialdienste) unterliegen der Beschwerde an die VB (Art. 19 Abs. 1 PfliegV/BE).

Freiburg	PfliegV; Art. 86 EG sieht vor, dass die Aufsicht über die Pflegekinder durch die Spezialgesetzgebung geregelt werde, was bis heute noch nicht erfolgt ist.	<u>F+H/B+A</u> : VB: Friedensgericht, zuständig für mehrere Gemeinden (Art. 1 Abs. 1 G über die Organisation des Vormundschaftswesens)	<u>F+H/B+A</u> : I Bezirksgericht; II Kantonsgericht (Art. 2+3 G über die Organisation des Vormundschaftswesens)	
----------	--	--	--	--

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Zuständige Behörde	Vorm. Aufsichtsbehörde	Rechtsmittelinstanz
Genf	Loi sur les garanties que doivent présenter les personnes s'occupant de mineurs hors du foyer familial du 13 décembre 1963 (gilt einzig hinsichtlich der organisatorischen Bestimmungen; Art. 29 Abs. 2 PfliegV)	<u>F+H/B+A</u> : Département chargé de l'instruction publique (Art. 2 Abs. 1 und Art. 3 Loi du 13 décembre 1963)		<u>F+H/B+A</u> : Tribunal administratif (Art. 3 Abs. 4 Loi du 13 décembre 1963)
Glarus	PfliegV	<u>F+H/B+A</u> : VB (Art. 9 Abs. 2 Ziff. 1b EG): Waisenamt der Gemeinde (Art. 9 Abs. 1 und 64 Abs. 2 EG)	<u>F+H/B+A</u> : I Vormundschaftsdirektion (des Regierungsrates); II Regierungsrat (Art. 64 Abs. 3 EG)	
Graubünden	V über die Pflegekinder vom 29. April 1955 V über die Kinderheime vom 29. November 1954 (gelten einzig hinsichtlich der organisatorischen Bestimmungen; Art. 29 Abs. 2 PfliegV)	<u>F/B</u> : VB (Art. 7 V vom 29. April 1955) <u>F/A</u> : Bezirksfürsorgestelle (Art. 11 V vom 29. April 1955) <u>H/B</u> : Regierung (Kleiner Rat) (Art. 3 V vom 29. November 1954) <u>H/A</u> : kantonale Fürsorgeamt (Art. 15 V vom 29. November 1954)	<u>F+B+A</u> : I Bezirksgerichtsausschuss; II Regierung (Kleiner Rat) (Art. 17 Abs. 2 V vom 29. April 1955 sowie Art. 62 EG)	<u>H/A</u> : I Sanitätsdepartement; II Regierung (Kleiner Rat) Art. 21 V vom 29. November 1954

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Zuständige Behörde	Vorm. Aufsichtsbehörde	Rechtsmittelinstanz
Jura	PflegV	<u>F+H/B+A</u> : VB (Art. 27 EG): Conseil communal oder (auf Gemeindeebene) commission(s) de tutelle (Art. 28 Abs. 1 EG), allenfalls communes bourgeoises (Art. 29 EG)	<u>F+H/B+A</u> : I Département de l'Education et des Affaires sociales (des Régistrars); II Cour administrative (Art. 31 Abs. 1 EG)	
Luzern	V über die Aufnahme von Pflegekindern (Kantonale Pflegekinderverordnung) vom 12. Juni 1978	<u>F/B+A</u> : VB (§ 3 PflegV/LU): Gemeinderat, in der Stadt Luzern die Vormundschaftsdirektion (§ 41 EG). Die VB ist auch für Kinderkrippen und Kinderhorte zuständig (§ 3 lit. c PflegV/LU) <u>H/B+A</u> : Fürsorgedepartement (§ 4 PflegV/LU)	<u>F/B+A</u> : I Regierungstatthalter; II Regierungsrat (§ 40 Abs. 1 und 2 EG; § 10 Abs. 1 PflegV/LU)	<u>F/B+A</u> : Verwaltungsgericht (§ 148 lit. a VRG) <u>H/B+A</u> : I Regierungsrat (§ 10 Abs. 2 PflegV/LU); II Verwaltungsgericht (§ 148 lit. a VRG)
Neuenburg	Arrêté concernant l'autorisation et la surveillance des placements d'enfants du 7 février 1978	<u>F+H/B+A</u> : L'Office cantonal des mineurs et des tutelles (Art. 5 und 11 PflegV/NE)		<u>F+H/B+A</u> : I Département des Finances (Art. 10 PflegV/NE); II Verwaltungsgericht

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Zuständige Behörde	Vorm. Aufsichtsbehörde	Rechtsmittelinstanz
Nidwalden	G über die Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) vom 30. April 1978	<u>F/B</u> : Fürsorgebehörde der Gemeinde (Gemeinderat; Art. 19 Abs. 2 Ziff. 6 Sozialhilfegesetz) <u>F/A</u> : Sozialdienst der Gemeinde (Art. 14 Abs. 2 Ziff. 9 Sozialhilfegesetz) <u>H/B</u> : zuständige Département (Art. 66 Sozialhilfegesetz) <u>H/A</u> : Sozialdienst des Kantons (Art. 68 Sozialhilfegesetz)		<u>F/B</u> : Regierungsrat (einzige Instanz; Art. 110 Abs. 2 Sozialhilfegesetz) <u>F/A</u> : I Gemeinderat; II Regierungsrat (Art. 110 Abs. 1 und 2 Sozialhilfegesetz) <u>H/B</u> : Regierungsrat (Art. 110 Abs. 2 Sozialhilfegesetz) <u>H/A</u> : I zuständige Département; II Regierungsrat (Art. 110 Sozialhilfegesetz)
Obwalden	PflegV	<u>F+H/B+A</u> : VB: Einwohner- oder Bürgergemeinde (Art. 56 EG)	<u>F+H/B+A</u> : Regierungsrat (Art. 58 EG)	<u>F+H/B+A</u> : ev. Verwaltungsgericht, wenn kein anderes Bundesrechtsmittel als die staatsrechtliche Beschwerde an das Bundesgericht gegeben ist (Art. 63 Abs. 1 Gerichtsorganisationsgesetz)
St. Gallen	Pflegekinderverordnung vom 28. Februar 1978	<u>F/B+A</u> : Waisenamt (Art. 1 lit. a PflegV/SG) <u>H/B</u> : Département des Innern (Art. 3 Abs. 2 PflegV/SG) <u>H/A</u> : kantonale Jugendamt (Art. 2 PflegV/SG)		<u>F/B+A</u> : I Département des Innern (Art. 3 Abs. 1 PflegV/SG); II Regierungsrat (Art. 40 und 43 VRG); III Verwaltungsgericht (Art. 59 VRG) <u>H/B+A</u> : I Regierungsrat (Art. 40 und 43 VRG); II Verwaltungsgericht, sofern H nicht als im Vormundschaftsbereich aufgefasst wird (Art. 59 VRG)

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Zuständige Behörde	Vorm. Aufsichtsbehörde	Rechtsmittelinstanz
Schaffhausen	Art. 43 lit. f EG	F+H/B+A: Fürsorgebehörde (Gemeinderat Art. 43 lit. f EG)		F+H/B+A: I Regierungsrat (Art. 7 Fürsorgegesetz vom 2. Oktober 1933); II Obergericht als Verwaltungsgericht (Art. 34 VRG)
Schwyz	PflegV	F/B+A: VB (§ 24 Abs. 2 lit. k EG): Ausschuss des Gemeinderates (§ 4 Abs. 1 EG) H/B: Regierungsrat (§ 24 Abs. 2 lit. k EG) H/A: VB (§ 24 Abs. 2 lit. k EG)	F/B+A: Regierungsrat (§ 7 Abs. 1 EG) H/A: Regierungsrat (§ 7 Abs. 1 EG)	F/B+A: Verwaltungsgericht (§ 51 lit. a VRG) H/B: Verwaltungsgericht (§ 51 lit. a VRG) H/A: Verwaltungsgericht (§ 51 lit. a VRG)
Solothurn	PflegV	F+H/B+A: Oberamtmann (§ 92 EG)		F+H/B+A: Verwaltungsgericht (§ 49 lit. b VRG)
Tessin	Regolamento concernente le condizioni per l'affidamento dei minorenni a famiglie e ad istituti e la concessione di sussidi agli istituti riconosciuto dallo Stato del 5 febbraio 1975 (gilt einzig hinsichtlich der organisatorischen Bestimmungen; Art. 29 Abs. 2 PflegV)	F+H/B+A: Dipartimento delle opere sociali (Art. 3 Regolamento), wobei das Ufficio d'attività Erfüllungsgehilfe des Dipartimento ist (Art. 15 Regolamento)		F+H/B+A: Consiglio di Stato (Art. 49 Regolamento)

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Zuständige Behörde	Vorm. Aufsichtsbehörde	Rechtsmittelinstanz
Thurgau	V des Regierungsrates über die Aufnahme von Pflegekindern vom 27. Januar 1981	F/B+A: VB (mangels Erwähnung in der PflegV/TG): Waisenamt der Gemeinde, allenfalls Waisenkommission (§ 47 Abs. 1 und 3 sowie 48 EG) H/B+A: Regierungsrat (§ 6 PflegV/TG für die Bewilligung, § 20 V über die Heimaufsicht)	F/B+A: I Bezirksrat; II Regierungsrat (§ 7 Abs. 2 EG)	
Uri	V über das Pflegekinderwesen vom 31. Oktober 1949 (nach Art. 27 Prov. Vorschriften zur Einführung des neuen Kinderschafrechts (RRB vom 23. Dezember 1977) gilt diese sinngemäss als Ausführungsvorschrift zur PflegV)	F/B+A: VB (Art. 2 V vom 31. Oktober 1949): Gemeinderat, mit Waisenamt als vorbereitender Instanz (Art. 40 Abs. 3, Art. 35 Abs. 10 EG) H/B+A: Vormundschaftsdirektion (Art. 27 Abs. 2 Prov. Vorschriften vom 23. Dezember 1977)	F/B+A: Regierungsrat (Art. 41 EG) H/B+A: Regierungsrat (Art. 41 EG)	
Waadt	Loi du 29 novembre 1978 sur la protection de la jeunesse	F+H/B+A: Département de la prévoyance sociale et des assurances (Art. 18 PflegV/VD)		F+H/B+A: Commission de recours en matière de prévoyance et d'aide sociales (Art. 24 PflegV/VD) ausser im Fall von Art. 19 Abs. 3 PflegV/VD (bei Aufnahme verwandter Kinder ist der Rekurs an die VB zu richten)

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Zuständige Behörde	Vorm. Aufsichtsbehörde	Rechtsmittelinstanz
Wallis	VollzugsV vom 15. Juni 1978 betreffend die Einführung des neuen Kindesrechts	<u>F/B+A</u> : kantonale Jugendamt (Art. 19 lit. b PfliegV/VS) <u>H/B</u> : Departement der Sozialdienste (Art. 19 lit. a PfliegV/VS) <u>H/A</u> : kantonale Jugendamt (Art. 19 lit. b PfliegV/VS)		<u>F/B+A</u> : I Vorsteher des Departementes der Sozialdienste (Art. 19 lit. b PfliegV/VS); II Staatsrat (Art. 41 VRG); III Verwaltungsgericht (Art. 72 VRG) <u>H/B</u> : I Staatsrat (Art. 19 lit. a PfliegV/VS); II Verwaltungsgericht (Art. 72 VRG) <u>H/A</u> : wie F/B+A
Zug	V über das Pflegekinderwesen vom 16. November 1951 G über das Gesundheitswesen vom 21. Mai 1970 (gelten einzig hinsichtlich der organisatorischen Bestimmungen; Art. 29 Abs. 2 PfliegV)	<u>F/B+A</u> : Einwohnerrat (§ 2 V vom 16. November 1951) <u>H/B+A</u> : Sanitätsdirektion (§ 35 Abs. 1 G vom 21. Mai 1970)		<u>F/B+A</u> : I Direktion des Innern; II Regierungsrat (§ 17 V vom 16. November 1951); III Verwaltungsgericht (§ 61 Abs. 1 Ziff. 2 VRG) <u>H/B+A</u> : I Regierungsrat (§ 50 Abs. 2 G vom 21. Mai 1970); II Verwaltungsgericht (§ 61 Abs. 1 Ziff. 2 VRG)

Kanton	Gesetzliche Grundlage	Zuständige Behörde	Vorm. Aufsichtsbehörde	Rechtsmittelinstanz
Zürich	G über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge vom 1. April 1962 V über die Jugendheime vom 4. Oktober 1962 V über die Pflegekinderfürsorge vom 11. September 1969 (gelten einzig hinsichtlich der organisatorischen Bestimmungen; Art. 29 Abs. 2 PfliegV)	<u>F/B</u> : VB (§ 1 V vom 11. September 1969): Gemeinderat oder besondere Kommission auf Gemeindeebene (§ 73/4 EG) <u>F/A</u> : Bezirksjugendkommission (§ 14 V vom 11. September 1969) <u>H/B</u> : Erziehungsdirektion (§ 1 V vom 4. Oktober 1962) <u>H/A</u> : kantonales Jugendamt (§ 6 V vom 4. Oktober 1962)	<u>F/B</u> : I Bezirksrat; II Justizdirektion des Regierungsrates (§ 75 EG)	<u>F/B</u> : Verwaltungsgericht (§ 41 und 43 VRG) <u>F/A</u> : Regierungsrat (§ 16 V vom 11. September 1969) <u>H/B</u> : I Regierungsrat; II Verwaltungsgericht (§ 41 und 43 VRG) <u>H/A</u> : I Erziehungsdirektion; II Regierungsrat (§ 9 VRG)